

NANCY FAESER NEUE FRAKTIONSVORSITZENDE

WECHSEL AN DER FRAKTIONSSPITZE



Nachdem Thorsten Schäfer-Gümbel am Dienstag, den 3. September, sein Mandat zurückgegeben hatte, wurde am Mittwochmorgen der Wechsel an der Fraktionsspitze vollzogen. Mit großer Mehrheit hat

die SPD-Fraktion Nancy Faeser zu ihrer neuen Vorsitzenden gewählt. Faeser bekam von den 28 anwesenden Abgeordneten 27 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme. „Die Fraktion hat sich eindeutig zu Nancy Faeser als neuer Vorsitzenden bekannt. Sie kann jetzt mit einem überzeugenden Vertrauensvotum in ihr neues Amt gehen und das Profil der Sozialdemokratie im Hessischen Landtag weiter schärfen. Wir alle freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Nancy Faeser, die politischen Gestaltungswillen mit einer enormen fachlichen und menschlichen Kompetenz verbindet. Unser gemeinsames Ziel ist es, mit Nancy Faeser

an der Spitze den Regierungswechsel in Hessen 2024 zu vollziehen“, gratulierte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph der frisch gewählten Vorsitzenden im Namen der Fraktion. In ihrer kurzen Ansprache drückte Faeser ihre Dankbarkeit gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen für das ihr entgegengebrachte Vertrauen aus. Auf sie warte nun viel Arbeit, die sie mit Freude und Zuversicht angehe. „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch. Mein Ziel ist es, den Menschen in Hessen zu zeigen, wie und in welchen konkreten Fragen ihres alltäglichen Lebens wir für sie Verbesserungen erreichen möchten“, erklärte Faeser.

EINE FRAGE DES POLITISCHEN WILLENS

„Die drängenden Probleme am Wohnungsmarkt sind nicht vom Himmel gefallen“, eröffnete die neue Vorsitzende der SPD-Fraktion Nancy Faeser die Debatte zum Entschließungsantrag der SPD „Mietbremse wirkt – Mietendeckel und Zweckentfremdungsverbot müssen kommen“. Über 20 Jahre hätten sich diese aufgebaut und seien von den CDU-geführten Landesregierungen schlichtweg ignoriert worden. „Seit Jahren ist die Nachfrage nach Wohnraum in den Wachstumsregionen weitaus größer als das Angebot. Die Folge sind

permanent steigende Mieten und Immobilienpreise, die für die Polizei-beamtin oder den Pfleger nicht mehr zu bezahlen sind“, sagte Faeser. Für eine Atempause für die Mieterinnen und Mieter könne ein Mietendeckel und ein Zweckentfremdungsgesetz von Wohnraum sorgen. „Bis 2004 gab es in Hessen ein solches Gesetz, das trotz seiner Wirksamkeit von der damaligen CDU-Regierung abgeschafft wurde. Deswegen stehen heute in Frankfurt, in Wiesbaden, in Darmstadt, in Offenbach, in Kassel Wohnungen leer“, so Faeser. Nicht nur



die SPD, auch der hessische Mieterbund und die Stadtregierungen von Frankfurt und Wiesbaden fordern nun ein solches Gesetz, um die Situation zu entschärfen.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

KOMMUNEN BEI KITA-POLITIK UNTERSTÜTZEN



Die Landesregierung müsse endlich mehr Landesmittel in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren, forderte die sozial- und familienpolitische Sprecherin Lisa Gnadl in der Aktuellen Stunde der SPD zum Gute-Kita-Gesetz. „Gute Kinderbetreuung ist wichtig, damit alle Kinder die gleichen Chancen bekommen und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniert“, erklärte sie dazu. Während der Bund mit dem Gute-Kita-Gesetz seine Verantwortung wahrnehme, ducke sich die Landesregierung weg. „Die Kommunen, die oft durch die Kinderbetreuungskosten überlastet sind, müssen wieder mehr Spielraum bekommen“, forderte Gnadl. Während noch im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün angekündigt wurde, dass das Land auf jeden Euro, den es für den Ausbau der Kinderbetreuung vom Bund bekomme, einen weiteren drauflegen werde, sehe die Realität anders aus. „Mit der Weiterführung der Gewerbesteuerumlage leiten Sie kommunales Geld in den Landeshaushalt um, das Ihnen gar nicht zusteht“, kritisierte Gnadl die Landesregierung. Schwarzgrün feiere ein großes Kita-Fest und lasse andere die Rechnung zahlen.

BÜRGERTICKET MUSS KOMMEN

„Ein innovatives Verkehrskonzept sieht anders aus“, sagte Tobias Eckert in der Aktuellen Stunde zum Schüler- und Seniorenticket. Die Einführung eines Tickets für zwei Einzelgruppen könne nicht von der Frage ablenken, wie die Landesregierung plane, zu einem Bürgerticket für alle zu kommen und auch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass es Hessen immer noch an einem verlässlichen flächendeckenden Mobilitätskonzept mangle. Während im ländlichen Raum kaum ein Bus fahre, seien Busse und Bahnen im Ballungsraum entweder überfüllt oder verspätet – hier müsse Minister Al-Wazir Abhilfe schaffen.



TRAURIGER LEO-GEDENKTAG



Den Verkauf landeseigener Immobilien in der Regierungszeit des CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch bezeichnete der haushaltspolitische Sprecher Marius Weiß als finanzielles Waterloo. Im Rahmen der so genannten „Leo-Pakete“ hatte Koch mehr als 50 Gebäude, die dem Land Hessen gehört hatten, an private Investoren verkauft und für bis zu 30 Jahre zurückgemietet. „Wir können bald den LEO-Gedenktage begehen. Das ist der Tag, an dem das Land für

die Miete der Immobilien, die ihm einst gehörten, genau so viel ausgegeben hat wie es seinerzeit beim Verkauf einnehmen konnte“, sagte Weiß. Das Problem daran sei, dass gerade einmal die Hälfte der vertraglich vereinbarten Mietdauer erreicht sei – ein finanzielles Desaster um das die Landesregierung sehr wohl wisse.

WINDKRAFT IM WALD

„Um es noch einmal deutlich zu machen: Es wird keine Windkraftanlage im Märchenwald zu geben“, stellte Stephan Grüger gleich zu Beginn der von der FDP beantragten Aktuellen Stunde zum Thema Windkraft im Wald richtig. Die Behauptung, der Märchenwald Sababurg würde für Windkraftanlagen gefällt, sei ein Märchen. Ebenso wie die immer wieder verbreitete Behauptung, die gefällten Bäume würden viel mehr CO2 binden bzw. vermeiden. „Das Gegenteil ist der Fall: Eine Windkraftanlage vermeidet 150 Mal mehr CO2, als Bäume auf ihrer Standfläche hätten binden können“, erklärte Grüger. Die SPD-Fraktion sei deshalb für Windkraft im Wirtschaftswald, da auch so große Entfernungen zu Siedlungen gewährleistet werden könnten. Dabei sollten Standorte genutzt werden, an denen Bäume bereits zur Ernte anstünden oder aufgrund von Borkenkäferbefall entfernt werden müssten. Selbstverständlich müsse für jede geplante Windkraftanlage vorher ein Gutachten auf Umweltverträglichkeit erstellt und Ausgleichsmaßnahmen, wie z. B. Aufforstung an anderer Stelle, festgelegt werden.



OHNE BITTERKEIT ABER MIT WEHMUT

LETZTE REDE IM PARLAMENT

„Ich gehe ohne Bitterkeit aber mit Wehmut“, hatte Thorsten Schäfer-Gümbel bereits in der Fraktions-sitzung am Dienstag, dem Tag, an dem er sein Landtagsmandat und damit den SPD-Fraktionsvorsitz niedergelegt hat, vor seinen Kol-



leginnen und Kollegen erklärt. 16 Jahre als Mitglied des Hessischen Landtags, 10 davon als SPD-Fraktionsvorsitzender, liegen hinter ihm. „Das was bleibt, ist eine andere Form der Auseinandersetzung und des Umgangs miteinander. Der Weg dahin war nicht immer leicht“, zog er sein ganz persönliches Resümee über die Arbeit der vergangenen Jahre. Und mahnte gleichzeitig: „Nichts hat Bestand, wenn nicht auch weiter daran gearbeitet wird.“ In seiner letzten Rede im hessischen Parlament sprach er als Erwiderung auf die Regierungserklärung von Kultusminister Lorz über die Bildungsfragen unserer Zeit. Diese seien entscheidend für die Zukunft un-

serer Kinder. „Bildungspolitik entscheidet darüber, ob unsere Kinder Veränderungen als Chancen begreifen oder nicht“, sagte Schäfer-Gümbel. „Und ob unsere Kinder zu den Digitalisierungsgewinnern oder -verlierern gehören werden.“ Mit dem Digitalpakt würden von Seiten des Bundes finanzielle Mittel bereitgestellt, um unsere Schulen fit zu machen für die Zukunft. Für die Ausgestaltung sei nun aber das Land Hessen verantwortlich. „Der Kultusminister darf in dieser Frage nicht im Ungefähren bleiben und muss endlich die Chance nutzen, eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik zu entwickeln“, sagte Schäfer-Gümbel in seiner 582. und letzten Rede im Hessischen Landtag.

MOBILITÄTSBEDÜRFNISSE ERFÜLLEN

RADWEGEBAU UNTERSTÜTZEN

„Wenn trotz vollmundiger Ankündigungen von Minister Al-Wazir von 60 geplanten Radwegen bisher erst acht umgesetzt wurden, dann ist das ein Problem“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher Tobias Eckert in der ersten Lesung eines Gesetz-



entwurfes der FDP zum Ausbau von Radschnellverbindungen in Hessen. Eckert forderte die Landesregierung dazu auf, den Radwegeausbau in Hessen mehr zu unterstützen. „Wir brauchen in Hessen eine Verkehrsinfrastruktur, die den unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen

Rechnung trägt, das gilt neben Schiene und Straße auch für den Radwegbau“, erklärte er. Deshalb begrüße die SPD-Fraktion den Vorstoß der FDP, dass das Land die Kommunen bei Planung und Bau von Radschnellwegen entlasten soll. „Für uns ist es doch ausgesprochen bemerkenswert, dass ein Verkehrsminister von Bündnis 90/Die Grünen bei diesem Thema die Hilfe der Opposition benötigt“, sagte Eckert. Er hoffe, dass der Verkehrsminister sein eigenes Engagement in diesem Bereich nun endlich ausbauen würde. Und schloss: „Sonst kommen wir mit der Mobilitätswende nur im Schneckentempo voran.“

NEUES LADENÖFFNUNGSGESETZ

„Das Gesetz kommt recht spät, da das bisherige Gesetz zum 31.12. ausläuft. Eine frühere Vorlage hätte mehr Zeit für die dringend notwendige Debatte über Ladenöffnungen, vor allem an Sonntagen, gebracht“, erklärte der arbeitsmarktpolitische Sprecher Wolfgang Decker in der Ersten Lesung des von der Landesregierung eingebrachten Gesetzesentwurfes für ein neues hessisches Ladenöffnungsgesetz. Wichtig sei, dass die Anzahl der Öffnungen an Sonntagen auf vier Tage im Jahr beschränkt und der Anlassbezug erhalten bleibe, dem entspreche der Gesetzesentwurf. Die SPD werde das weitere Gesetzgebungsverfahren aufmerksam begleiten.



STRASSENBAU- BEITRÄGE GEHÖREN ABGESCHAFFT

Die SPD-Fraktion bleibt bei ihrer Forderung nach der vollständigen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen, das hat der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph deutlich gemacht. Er forderte anlässlich der Zweiten Lesung des SPD-Gesetzentwurfes die Regierungsfractionen von CDU und Grünen auf, endlich zur Vernunft zu kommen. „Über 70 Bürgerinitiativen und unzählige Resolutionen aus den kommunalen Vertretungskörperschaften machen deutlich, dass die derzeitige Gesetzeslage, die die Möglichkeit zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge erlaubt, ungerecht war,



ist und bleibt“, erklärte er mit Nachdruck. Soziale Härten, wonach Bürgerinnen und Bürger zehntausende von Euro für Straßenausbaubeiträge zahlen müssen, seien unzumutbar. „Die Anhörung des Hessischen Landtags hat das eindringlich belegt“, so Rudolph. Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf, wonach die Kommunen 60 Millionen Euro zur Sanierung von maroden Straßen durch das Land erhalten sollen, sei eine vernünftige, praktikable und auch finanzierbare Forderung. „Wer den

sozialen Frieden in den Kommunen aufrechterhalten will, muss diesem Vorschlag zustimmen“, verdeutlichte Rudolph und kündigte an, dass die SPD-Fraktion deshalb auch eine dritte parlamentarische Lesung des Gesetzentwurfs beantragen werde.



INF-VERTRAG

Die Kündigung des INF-Abrüstungsvertrages zwischen den USA und Russland hat auch den Landtag beschäftigt. „Wir setzen uns für eine atomwaffenfreie Welt ein. Durch UNO-Erklärungen, denen die Atomkräfte nicht beitreten werden, ist das jedoch nicht zu erreichen. Das geht nur durch Abrüstungsverhandlungen für jede einzelne Gruppe von Waffensystemen und mit jedem einzelnen Staat, der solche Waffensysteme besitzt“, erklärte dazu Stephan Grüger. Eine gegenseitige Kontrollmöglichkeit sei dabei zwingende Voraussetzung. Grüger sprach sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden sollen.

NEU IM HLT: NADINE GERSBERG

Seit dem 04.09. ist Nadine Gersberg Mitglied der Landtagsfraktion. Die Offenbacherin rückte für Thorsten Schäfer-Gümbel nach und wird zukünftig den Wahlkreis Offenbach-Stadt im Hessischen Landtag als Abgeordnete vertreten. „Alles ist möglich. Du kannst alles machen, was Du willst.“ Dieser Satz ihrer Eltern hat sich Nadine Gersberg, die aus einer großen Handwerkerfamilie stammt, eingebrannt. Nach dem Abitur folgt ein Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen. Gersberg ist stellvertretende Vorsitzende der Offenbacher SPD und war bis zu ihrer Tätigkeit als Abgeordnete Fraktionsgeschäftsführerin der SPD-Fraktion in Offenbach. Im



Zentrum ihrer politischen Arbeit steht das Ziel, allen Menschen in Hessen die gleichen Lebenschancen zu bieten. Teilhabe dürfe weder vom Geldbeutel, noch vom Wohnort abhängen.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga,
Martina Häusl-David